

(A) **Abgeordneter Schwager:** Meine Damen und Herren! Wir haben vom Regierungstisch gehört, wie ernst die Wendenfrage für die sächsische Bevölkerung ist, welche wirtschaftlich und politisch schweren Bedenken damit verbunden sind. Es ist vom Regierungstisch aus erwähnt worden, daß einflußreiche Kreise in Prag versuchen, die Lausitz abtrünnig zu machen. Damit ist der Beweis erbracht, wie berechtigt unser Antrag war.

Herr Vizepräsident Lipinski steht zwar auf einem anderen Standpunkt, und diesen Standpunkt hat er auch schon in der Regierung vertreten, als er Minister des Innern war. Damals hat er die ganze Wendenbewegung gewissermaßen als einen schlechten Witz bezeichnet, und als man wegen der Loslösungsbestrebungen seine Unterstützung erbat, hat er dieser Frage sehr unsympathisch gegenübergestanden.

Die Bewegungen, die eingesezt haben, zeigen aber, daß es nicht mehr ein Sturm im Glase Wasser ist, denn weite Kreise haben jetzt den vollen Ernst dieser Bewegung anerkannt. Viele staatliche, städtische und ländliche Kreise haben sich gegen die Loslösungsbestrebungen gewandt, ein „Auschuß sachsentreuer Wenden“ bildete sich zur Bekämpfung des wendischen Nationalausschusses, Protestkundgebungen wurden in sehr zahlreich besuchten Versammlungen beschlossen, Aufrufe an die Lausitzer Bevölkerung vom „Auschuß sachsentreuer Wenden“ erlassen; und eine ausführliche Besprechung der Wendenfrage haben ja auch die politischen Parteien Sachsens stattfinden lassen, indem Protestkundgebungen gegen die Wendenbestrebungen erfolgten. So faßte die Deutsche Demokratische Partei in ihrer Sitzung am 23. Februar folgenden Beschluß:

Der am 23. Februar in Dresden versammelte Gesamtvorstand der Deutschen Demokratischen Partei im Bundesstaate Sachsen erhebt den lebhaftesten Widerspruch gegen die irreführende Agitation, die einzelne Kreise des sächsischen Wendentums zum Zwecke der Loslösung der Wenden aus dem deutschen Staatsverbande in die Wege leiten.

Seit vielen Jahrhunderten haben die Wenden Sachsens in ungetrübtem Einvernehmen mit den übrigen sächsischen Volkskreisen gelebt, und die Deutsche Demokratische Partei tritt dafür ein, daß künftig den nationalen Forderungen der Wenden auf dem Gebiete der Kirche, der Schule und des Volkstums weitgehend Rechnung getragen wird. Der Gedanke an einen selbständigen Wendenstaat aber verbietet sich schon um deswillen, weil seine nationale Abgrenzung ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Weiter hat ein Aufruf an die Lausitzer Bevölkerung vom Auschuß sachsentreuer Wenden u. a. noch folgenden Wortlaut:

Die Unterzeichneten verkennen die in der Bewegung liegenden Ideale nicht, soweit sich dieselben darauf be-

ziehen, der wendischen Sprache ihre angestammten Rechte zu erhalten und ihre Pflege zu erweitern und zu vertiefen. Sie machen aber allen Ernstes auf die politischen und wirtschaftlichen Gefahren aufmerksam, die sich aus der Abgliederung des wendischen Gebietes aus dem bisherigen Vaterlande notwendig ergeben müßten. Die in Frage kommenden Bevölkerungskreise sind über diese noch nicht genügend aufgeklärt und haben daher zu den nunmehr bekanntgegebenen Plänen des Nationalausschusses keine Stellung genommen. Daraus ist der falsche Schluß gezogen worden, daß die gesamte wendische Bevölkerung der Lausitz einmütig hinter demselben stehe. Es ist Pflicht jedes Wenden, gegen die Auswüchse der wendischen nationalen Bewegung Stellung zu nehmen, um unser Volk nicht einer ungewissen und gefahrbringenden Zukunft zutreiben zu lassen.

Die Unterzeichneten verwahren sich mit aller Entschiedenheit gegen jegliche Abtrennungsbestrebungen und erklären, daß sie auch in schweren Zeiten ihrem alten Vaterlande treu bleiben wollen.

Der Aufruf ist unterzeichnet von Gutsbesitzern, Oberlehrern, Lehrern usw. aus der Bauzner Gegend. Und weiter sind Beschlüsse gefaßt worden in überfüllten Volksversammlungen sachsentreuer Wenden und Deutschen, und da waren alle Parteien einig, von den Mehrheitssozialdemokraten bis zur Deutschnationalen Partei, und auch dort sind entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. U. a. sagte man: (D)

Unserem Vaterlande, das unser Schutz und Schirm in guten Tagen war, halten wir auch in der Stunde der Not die Treue. Eine Loslösung deutscher Gebiete in der Lausitz würde in wirtschaftlicher Hinsicht zur Verkümmern und Verarmung der Lausitz führen. Wir fordern deshalb von der Friedenskonferenz, daß sie sich an die Vorschläge des Präsidenten Wilson gebunden hält. Sie darf niemals die Hand dazu bieten, unsere treu-deutsch gesinnte gewaltige Mehrheit im Oberlausitzer Kreise durch jene Minderheit zu verewaltigen. Sonst sät sie neuen Völkerstreit und Völkerhaß in ein bisher friedliches Land. Nicht in der Loslösung von unserem Vaterlande suchen wir unser Heil, sondern in noch innigerer Verbindung mit ihm erstreben wir als unser gemeinsames Ziel, daß unseren wendischen Brüdern und Schwestern ihre gerechten Forderungen für ihre Sprache, ihre Religion, ihre Schule erfüllt werden.

Auch der Katholische Lehrerverein Bauzen-Schirgiswalbe hat sich gegen diese Bestrebungen gewendet und ebenfalls eine entsprechende Entschließung gefaßt. Die Männer des wendischen Nationalausschusses haben es nun zwar vorgezogen, jede Auseinandersetzung mit der Regierung abzulehnen, und dagegen eine Verbindung mit dem Feinde gesucht, um mit dessen Hilfe auf ihre Kosten zu kommen. Aber mit aller Entschiedenheit muß daran festgehalten